

Arbeitslosigkeit als globale Herausforderung

Sozialethische Maßstäbe für die Arbeitswelt von heute und morgen

In Deutschland gibt es gegenwärtig etwa vier Millionen Menschen, die keine bezahlte Arbeit haben. Rechnet man die versteckte Arbeitslosigkeit hinzu, so kommt man sogar auf eine Zahl von rund sechs Millionen. Es ist daher nur allzu verständlich, daß die Mehrheit der Bürger in der Bundesrepublik in der hohen Arbeitslosigkeit das bedrängendste Zukunftsproblem sieht, wie alle Umfragen bestätigen. Diese berechtigte Sorge darf freilich nicht den Blick dafür verstellen, daß Arbeitslosigkeit heute weniger ein nationales als vielmehr ein globales Problem darstellt.

In der Europäischen Union sind 18 Millionen und in den westlichen Industrieländern der OECD fast 35 Millionen Menschen ohne Arbeit, wobei in vielen Ländern die Arbeitslosenquote weit höher ist als in Deutschland. Weltweit waren 1994 laut ILO, der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, sogar 120 Millionen Menschen ohne Beschäftigung und weitere 700 Millionen unterbeschäftigt. Das sind 30 Prozent aller Erwerbstätigen. Die ILO spricht darum von der schlimmsten Beschäftigungskrise seit der großen Depression in den dreißiger Jahren, einer überdies globalen und hartnäckigen Krise¹. Völlig unberücksichtigt sind dabei noch die oft verheerenden Arbeitsbedingungen in vielen Ländern im ehemaligen Ostblock und in der „Dritten Welt“².

Die Zahlen zur europäischen und weltweiten Arbeitslosigkeit enthalten bereits einen Hinweis darauf, daß im Zeitalter der Globalisierung der Wirtschaft eine rein nationale oder auch westeuropäische Sichtweise nicht mehr angemessen ist und darum zu gefährlichen politischen Fehlschlüssen verleiten kann. Trotzdem blendet die aktuelle Diskussion in Deutschland die weltweite Dimension dieses Problems weitgehend aus, so als ob eine Sicherung des „Wirtschaftsstandorts Deutschland“ im nationalen Alleingang möglich wäre. Und selbst die „Diskussionsgrundlage für den Konsultationsprozeß über ein gemeinsames Wort der Kirchen“³ von 1994 betont zwar zu Beginn die „Verantwortung für die eine Welt“ (Nr. 27–31), behandelt dann aber die Arbeitslosigkeit ohne jede Bezugnahme auf diese Kernaussage (Nr. 35–54).

Ebenso kurzsichtig ist die Vernachlässigung der ökologischen Problematik in der aktuellen arbeitsmarktpolitischen Diskussion. Ohne diese langfristige Perspektive ist es nämlich unmöglich, der „Verantwortung für die eine Welt“ gerecht

zu werden. In der Formulierung „Arbeitswelt von heute und morgen“ ist darum eine ziemliche Spannung enthalten. Gerade heute, zum Zeitpunkt einer tiefen Strukturkrise und eines noch kaum überblickbaren Umbruchs in der Arbeitswelt, wächst nämlich die Gefahr, gegenwärtige Probleme auf Kosten der Zukunft lösen zu wollen.

Hauptanliegen der folgenden Überlegungen ist es daher, diese beiden Gesichtspunkte, die globale und die langfristige Perspektive, in den Mittelpunkt der Analyse des Arbeitsmarkts zu stellen, um von hierher nach sozialetischen und politischen Maßstäben für die Gestaltung der Arbeitswelt zu suchen.

Menschen mit Namen und Gesicht

Jede sozialetische Reflexion, die diesen Namen verdient, darf sich nicht mit der Entfaltung abstrakter Prinzipien begnügen, sondern muß von den konkreten Erfahrungen und Sorgen der Menschen ausgehen, ihre Lebens- und Arbeitswelt stets vor Augen haben und sich immer wieder von neuem von hierher anfragen lassen. Nur so gewinnen sozialetische Orientierungen scharfe Konturen und können wirklich wirksam werden. Das Sehen bzw. Erkennen eines Problems umfaßt nämlich stets zwei Aspekte: zum einen das wörtliche Sehen, das heißt die direkte Begegnung mit den betroffenen Menschen selbst und eine möglichst hautnahe Erfahrung ihrer Nöte, und zum anderen die nüchterne Makroanalyse.

Für das Thema der Arbeitswelt heißt dies: Man muß sich zunächst wenigstens kurz die Situation der arbeitenden, arbeitslosen oder von Arbeitslosigkeit bedrohten Menschen ins Bewußtsein rufen und sich erinnern, daß hinter all den Zahlen und Problemen Menschen mit Namen und Gesicht stehen. Nur so nämlich wird man zu verstehen beginnen, was Arbeitslose empfinden, die sich ausgemustert, überflüssig, unerwünscht oder sogar schuldig fühlen. Dies ist gerade für eine Kirche und ihre Soziallehre wichtig, die von sich behauptet: Der Mensch ist der Weg der Kirche (RH 14; CA 53). Dieses anspruchsvolle Programm ist aber nur einlösbar, wenn sich die Kirche – und das betrifft alle ihre Mitglieder – tatsächlich in die Welt der Menschen hineinbegibt und sie dort begleitet.

Ein Beispiel aus der „Dritten Welt“, nämlich aus der jungen Kirche in Indonesien, mag einen Hinweis geben, wie sich dieses Anliegen konkret umsetzen läßt. Im Rahmen von Vorlesungen zum Thema „Kontextuelle Sozialtheologie“⁴ an einer theologischen Fakultät werden die Studenten zu Beginn des Kurses in kleinen Gruppen an verschiedene Brennpunkte der Armut geschickt, so etwa zu Kleinbauern oder Fischern in abgelegene Dörfer, zu Plantagenarbeitern, die für ihre harte Arbeit nur einen Hungerlohn erhalten, oder in Fabriken, wo vor allem Frauen unter ausbeuterischen Bedingungen arbeiten. Dort sollen sie wenigstens einige Tage mit diesen Menschen leben und arbeiten, um aus eigener Anschauung

und in direktem Kontakt mit den Armen diese für sie oft recht ferne und fremde Welt kennenzulernen. In Indonesien nennt man dies „live in“, also ein Mitleben und Miterleben. Alle weitere Sozialanalyse wie theologische Reflexion werden an diese Erfahrung rückgebunden.

Das bedrückende Problem der Arbeitslosigkeit in Deutschland haben inzwischen viele Menschen in der eigenen Familie oder in ihrem Arbeits- und Lebensumfeld aus nächster Nähe kennengelernt. Es ist trotzdem sinnvoll, das Schicksal und die - trotz sozialem Netz - vielfältige Not jener ins Gedächtnis zu rufen, die Opfer von Arbeitslosigkeit geworden oder von ihr bedroht sind: der Kollege oder die Kollegin, die lange Jahre hart gearbeitet haben und plötzlich ihre Kündigung erhalten; der Familienvater in der Nachbarschaft, der seine Miete und seine Schulden nicht mehr bezahlen kann, aus Verzweiflung zum Alkohol greift und dessen Ehe daran zerbricht; die alleinerziehende Mutter von zwei Kindern, die trotz guter Qualifikation auf Sozialhilfe angewiesen ist; der fünfzigjährige Ossi, der schon zwei Jahre stempeln geht und sich von der Gesellschaft zum Alteisen geworfen fühlt; der türkische Jugendliche, dem man seine Arbeitslosigkeit als Sozialschmarotzertum vorhält und der aus Angst vor Fremdenfeindlichkeit in ein gewalttätiges Milieu abdriftet. Besonders beschämend ist es, wenn diese Menschen auch noch pauschal beschuldigt werden, selbst für ihre Notlage verantwortlich zu sein, oder wenn man ihnen Sozialneid vorwirft und ihnen so ein schlechtes Gewissen einzureden versucht, was im Grunde auf das gleiche hinausläuft⁵.

Man darf aber angesichts all dieser Probleme die Not in anderen Ländern und fernen Regionen nicht vergessen, besonders in den Transformationsländern im Osten und in den Entwicklungsländern im Süden, wo Menschen unter oft entwürdigenden Arbeitsbedingungen zu leiden haben und Arbeitslosigkeit extreme Armut mit sich bringt, da es meist weder Arbeitslosenunterstützung noch Sozialhilfe gibt: Bettler in den Straßen Moskaus; Kulis und Rikschafahrer in den Städten Indiens; Bergarbeiter in Sibirien, die monatelang keinen Lohn erhalten; verschuldete Pächter in Indonesien, die faktisch Zwangsarbeit leisten; philippinische Hausangestellte im Nahen Osten oder in Japan ohne Rechte, die oft Opfer sexueller Ausbeutung werden; arbeitslose Jugendliche in den explodierenden Städten Afrikas; Kinder in Pakistan, die unter sklavenähnlichen Bedingungen billige Teppiche für die Märkte der reichen Länder weben; Frauen in den Metropolen Brasiliens, die, von ihren Männern verlassen, allein eine fünfköpfige Familie ernähren müssen, für ihre Arbeit aber dennoch nur halben Lohn erhalten.

Soweit nur einige Bilder aus der weltweiten Arbeitswelt heute, eine Liste, die sich noch lange fortsetzen ließe. Eine erste, grundlegende sozioethische Schlussfolgerung läßt sich bereits jetzt aus diesen Schicksalen ziehen: Es wäre völlig unverantwortlich, die Probleme der Arbeitslosigkeit in den westlichen Industrieländern auf Kosten anderer Menschen, die unter weit schlechteren Umständen

leben, lösen zu wollen, wozu man gerade in Krisenzeiten durchaus versucht sein mag. Dies würde nämlich dem Grundsatz der gleichen Würde aller Menschen widersprechen.

Beschäftigungspolitik in weltweiter Konkurrenz

Die hohe Arbeitslosigkeit in ganz Westeuropa ist ein bedrückendes Problem, das nicht nur für die Betroffenen und ihre Familien sehr negative Folgen hat, sondern zunehmend auch den Sozialstaat gefährdet, da dieser strukturell eng an den Arbeitsmarkt gebunden ist und hauptsächlich über bezahlte Arbeit finanziert wird⁶. Diese Entwicklung birgt erhebliche politische Brisanz in sich, da sie zur Destabilisierung des Gemeinwesens und zur Flucht in Radikalismus und Gewalt führen kann. Ständiger Arbeitsplatzabbau ist aber auch eine wichtige Ursache ökonomischer Ineffizienz, da sie die arbeitenden Menschen bis in das Management hinein verunsichert und entmutigt. Zu denken gibt dabei die Tatsache, daß die Arbeitslosigkeit nicht Folge wirtschaftlichen Niedergangs ist, sondern trotz wachsenden Wohlstands der westlichen Industrieländer und weiter Bevölkerungskreise zunimmt. Die Folge ist eine zunehmend gespaltene Gesellschaft, plakativ mit dem Begriff „Zweidrittelgesellschaft“ umschrieben, in der eine wachsende Minderheit von Menschen an den Rand gedrängt wird und in Armut lebt, wie eine Vielzahl von Armutsberichten der letzten Jahre übereinstimmend bestätigt⁷.

Besonders bedrückend ist, daß die Arbeitslosigkeit laut allen Prognosen tendenziell weiter wachsen wird, wie auch die seit Jahren steigende Sockel- und Dauerarbeitslosigkeit zeigen. Selbst eine wirtschaftliche Erholung in den kommenden Jahren wird laut jüngstem Jahreswirtschaftsgutachten die Zahl der Arbeitslosen nur vorübergehend und geringfügig abnehmen lassen, so daß man befürchten muß, daß sie bei der nächsten Rezession noch weiter ansteigen wird. Es ist darum heute unumstritten, daß sich die Industrieländer nicht in einer konjunkturellen, sondern in einer viel tieferliegenden strukturellen Beschäftigungskrise befinden, die durch eine Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Beschäftigung gekennzeichnet ist („jobless growth“).

Zur Lösung dieser Probleme ergreift man heute überall in Europa, aber auch weltweit, Maßnahmen zur Verbesserung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit, in der Bundesrepublik als Sicherung des Wirtschaftsstandorts Deutschland propagiert, wovon man sich bessere Absatzchancen und damit mehr Wachstum verspricht. Dies soll unter anderem geschehen durch Globalisierung der Wirtschaft, Privatisierung, Deregulierung, „Schlankheitskuren“ wie „lean production“, Senkung der Arbeitskosten und Erhöhung der Produktivität durch technologische Rationalisierung. Obwohl dies zunächst einen Beschäftigungsrückgang mit sich bringt, verspricht man sich davon längerfristig neue Arbeitsplätze.

Dies klingt auf den ersten Blick einsichtig und ist in gewissem Umfang auch sinnvoll, denn es läßt sich kaum bestreiten, daß die Wirtschaft in den Wohlstandsländern in mancher Hinsicht verkrustet und darum reformbedürftig ist. Eine genauere Analyse erweist diese Strategie aber als höchst fragwürdig, ja sie führt langfristig vermutlich sogar in eine Sackgasse. Mehr Wettbewerbsfähigkeit und Wachstum bringen nämlich nur dann etwas, wenn es für die produzierten Güter und Dienstleistungen auch eine entsprechende Nachfrage gibt, die wiederum von mehr Einkommen und höherer Kaufkraft abhängt. Wachsende Arbeitslosigkeit und Abbau des Sozialstaats verringern aber die Kaufkraft, was sich auch nicht durch schnell steigende Einkommen in den oberen Einkommensschichten kompensieren läßt.

Wenn nun die einheimischen Märkte, zumindest in manchen Sektoren und Bereichen (vor allem der Konsumgüterindustrie), nur noch geringes Wachstumspotential besitzen und daher, aufgrund steigender Produktivität, erhebliche Überkapazitäten aufweisen, so bietet sich als Ausweg an, durch verbesserte Wettbewerbsfähigkeit größere Marktanteile im Ausland zu gewinnen, also zum Beispiel auf dem europäischen Markt. Dies geschieht natürlich in Konkurrenz zu den Unternehmen in diesen Ländern, die oft unter noch höherer Arbeitslosigkeit leiden. Da diese nun ähnliche Maßnahmen zu ergreifen gezwungen sind, läuft diese Strategie auf einen Verdrängungswettbewerb hinaus, der bestenfalls die Arbeitslosigkeit exportiert, aber keine wirkliche Lösung bietet und letztlich niemandem nützt. Im Gegenteil, eine solche Politik entsolidarisiert die Menschen, fördert individualistisches Ellbogendenken, verschlechtert die Arbeitsbedingungen der Schwächeren und führt zum sozialen Ausschluß der Ärmsten.

Eine Alternative scheinen die neuen Märkte im Osten und in der Dritten Welt zu bieten, wo enormer Nachholbedarf besteht und es weithin noch unbefriedigte Bedürfnisse gibt. Doch gerade in diesen Ländern ist die Arbeitslosigkeit meist noch viel höher und dies trotz Minimallöhnen. Was diese Länder vor allem brauchen, ist eine vorrangige Entwicklung ihrer eigenen Märkte, nämlich eine möglichst arbeitsintensive Produktion zur Befriedigung der Grundbedürfnisse der Mehrzahl ihrer Menschen, was durch Importe für den Luxuskonsum der Reichen gefährdet wird. Außerdem müssen sie durch eigene Exporte die notwendigen Devisen erwirtschaften, um ihre Importe bezahlen und ihre hohen Schulden tilgen zu können, was die Industrieländer ja von ihnen fordern. Damit aber werden diese potentiellen Märkte zu Konkurrenten, gerade im Bereich arbeitsintensiver Produkte, mit denen sie in die Märkte der Industrieländer drängen und deren Beschäftigungsprobleme noch vergrößern.

Natürlich ist der internationale Handel kein Nullsummenspiel, denn fairer Welthandel kann allen Beteiligten Nutzen bringen. Langfristig tragfähig und für alle Seiten vorteilhaft sind aber nur halbwegs ausgeglichene Handels- und Leistungsbilanzen: Auch die Industrieländer können nicht auf Dauer mehr exportie-

ren, als sie zu importieren bereit sind. Andernfalls werden die Menschen im Osten und Süden, denen die Arbeit genommen wird oder die nur Hungerlöhne erhalten, versuchen, dorthin abzuwandern, wo es Arbeit und Wohlstand gibt, wie die wachsende Zahl von Arbeitsmigranten und Armutsflüchtlingen zeigt. Dabei handelt es sich im Grund um nichts anderes als eine Globalisierung der Wirtschaft im Beschäftigungssektor⁸.

Diese Tatsachen zeigen, daß die traditionellen Instrumente zur Förderung des Wirtschaftswachstums keine dauerhafte Lösung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Frage bieten, auch wenn noch immer viele Politiker auf diese Strategie setzen und sich von ihr zumindest eine spürbare Verbesserung versprechen. Diese Entwicklung wirft somit die viel weiterreichende Frage auf, ob all diese Probleme nicht letztlich eine unvermeidliche Folge des gegenwärtigen, weltweit vorherrschenden Wirtschaftssystems und seiner ihm inhärenten Denkweise und Werte sind.

Ökologische Grenzen der Beschäftigungspolitik

Die strukturelle Krise des Arbeitsmarkts ist jedoch auch langfristiger Natur. Der westlichen Wirtschaftsweise, die auf beständigem Wachstum gründet, und dem damit verbundenen Wohlstandsdenken sind nämlich auch ökologische Grenzen gesetzt. Dies zeigen schon die Umweltprobleme in den Industrieländern, man denke nur an den Verkehrsbereich oder die Abfallwirtschaft. Weit folgenreicher noch ist die weltweite Umweltzerstörung (Treibhauseffekt, Ozonloch) und der verschwenderische Verbrauch von Ressourcen, vor allem von Energie, wofür die reichen Länder die Hauptverantwortung tragen⁹.

Längerfristig noch viel besorgniserregender ist die Tatsache, daß heute fast alle Länder im Süden wie im Osten eine nachholende Entwicklung nach dem Vorbild der reichen Länder anstreben. Sie sehen darin ihre einzige Chance, die Einkommenskluft zwischen Nord und Süd, die sich in den letzten 30 Jahren verdoppelt hat, und das West-Ost-Gefälle zu verringern, ein zweifellos sehr berechtigter Wunsch. Verstärkt wird diese Tendenz durch die modernen Medien, aber auch durch Exporte und Tourismus, welche die westlichen Produktions- und Konsummuster täglich in alle Welt verbreiten und dort entsprechende Erwartungen wecken. Diese Entwicklung wird von den Industrieländern aus wirtschafts- und beschäftigungspolitischen Gründen gefördert, wofür die kommerzielle Werbung der sichtbarste Ausdruck ist.

Das Modell der westlichen Zivilisation ist jedoch nicht universalisierbar, weil eine weltweite Übernahme dieser Wirtschafts- und Lebensweise zum globalen ökologischen Kollaps führen würde. Die allen Menschen gemeinsame Erde würde nämlich schon heute sehr schnell die Grenzen ihrer Tragfähigkeit erreichen, wenn alle Menschen auch nur annähernd so wirtschaften und leben würden

wie der privilegierte Norden. Man braucht nur die Pro-Kopf-Zahlen des Energieverbrauchs, der Autodichte oder der Schadstoffemissionen in Deutschland auf die Weltbevölkerung hochzurechnen, um dies bestätigt zu finden, ganz zu schweigen davon, daß eine Verdoppelung der gegenwärtigen Weltbevölkerung von 5,8 Milliarden Menschen kaum mehr verhindert werden kann.

Berücksichtigt man diese Zusammenhänge, so stellen sich ernste Anfragen an das westliche Wirtschaftssystem. Obwohl es höchst erfolgreich war, solange es galt, in den Nachkriegsjahren einen gewissen Wohlstand zu schaffen, und sich der kommunistischen Planwirtschaft unbestreitbar als überlegen erwies, stößt es doch unter den heutigen Bedingungen an strukturelle Grenzen. Ein Wachstumsmodell, das für Leistung im Wettbewerb wachsenden materiellen Wohlstand für alle verspricht, muß langfristig fast notwendig an seine Grenzen stoßen, und zwar genau wegen seines Erfolgs. Dieses Wirtschaftssystem kann darum auch – jedenfalls in seiner jetzigen Form – die Probleme einer primär durch arbeitsparenden technologischen Fortschritt bedingten Arbeitslosigkeit nicht lösen. Es ist darum zunehmend auch in den Wohlstandsländern, ganz sicher aber als globales Modell weder sozialverträglich noch umweltverträglich.

Ethische Maßstäbe für eine menschengerechte Wirtschaft

Die grundlegenden ethischen Prinzipien zur Arbeit, wie man sie auch in der katholischen Soziallehre findet, haben weiterhin ihre Gültigkeit. Sie allein genügen aber nicht mehr, um die gegenwärtige Umbruchsituation mit ihren strukturellen Problemen konstruktiv zu bewältigen. Sie müssen vielmehr kreativ weiterentwickelt und weit mehr als bisher mit den Prinzipien weltweiter Gerechtigkeit und langfristiger Umweltverträglichkeit verbunden werden¹⁰. Dazu seien sechs Gesichtspunkte genannt:

1. Mittelpunkt der Wirtschaft muß immer der Mensch sein. Nichts anderes meint das „Prinzip des Vorrangs der Arbeit vor dem Kapital“ (LE 12.1). Wirtschaft, Markt und technologischer Fortschritt sind kein Selbstzweck, sondern haben instrumentalen Charakter. Zu Recht warnt die Soziallehre immer wieder vor der Gefahr eines Ökonomismus (SRS 27–28), der die Gesetze wirtschaftlicher Rationalität und des Marktes zum alleinigen Maßstab macht. Alles wirtschaftliche Handeln muß daher darauf ausgerichtet sein, daß alle Menschen eine ausreichend bezahlte und möglichst zufriedenstellende Arbeit erhalten, die ihnen echte Partizipation und Mitsprache erlaubt. Dieses Recht auf Arbeit aller erfordert heute auch die Bereitschaft zum Teilen von Arbeit und Einkommen.

2. Ebenso wichtig ist ein humaner, das heißt umfassender Arbeitsbegriff, der den Menschen nicht in seiner Arbeit aufgehen läßt und Arbeit nicht auf Erwerbsarbeit reduziert, ein Kernanliegen der Sozialenzyklika „Laborem exercens“.

Auch eine Arbeitseinstellung, die nur auf ständig wachsenden persönlichen Wohlstand ausgerichtet ist, ist darum eine Form von Ökonomismus. Statt dessen bedarf es heute einer neuen Einstellung im Hinblick auf das Verhältnis von Erwerbs- und Eigenarbeit und entsprechender struktureller Reformen als Voraussetzung des Teilens bezahlter Arbeit. So wichtig Erwerbsarbeit für den Lebensunterhalt ist, so wenig erschöpft sich sinnvolle Arbeit in ihr. Dies gilt für Männer wie Frauen und darf folglich nicht als Vorwand dienen, Frauen auf die Nichterwerbsarbeit einzuschränken.

3. Die jüngste Sozialenzyklika „*Centesimus annus*“ hat zu Recht hervorgehoben, daß Arbeit immer auch eine kulturelle Tätigkeit ist (CA 15, 35, 51). Als solche erfordert sie persönliche wie gesellschaftliche Investitionen in die menschliche Gesundheit und Ausbildung. Das damit entstehende Humankapital, um diesen etwas mißverständlichen Begriff zu verwenden, ermöglicht mehr geistig-kulturelle Selbstentfaltung in der Arbeit und eröffnet neue Arbeitsmöglichkeiten (CA 24, 31–33). Zugleich ist es eine Voraussetzung für neue Sozialtugenden wie Kreativität, Partizipation und Eigeninitiative.

4. Im Zeitalter der Globalisierung der Wirtschaft und damit auch der Arbeit lassen sich die Probleme nicht mehr in nationalem Alleingang und Egoismus lösen, sondern sie erfordern strukturelles Teilen und solidarische Zusammenarbeit auf internationaler Ebene, das Kernanliegen der Sozialenzyklika „*Sollicitudo rei socialis*“. Andernfalls bleiben die Schwächsten in den Wohlstandsländern, vor allem aber die Armen der Welt, mehr als eine Milliarde Menschen, auf der Strecke. Hier sind besonders die reichen Länder, aber auch die Reichen in den armen Ländern gefordert, denn allein sie können sich einschränken, ohne ihren Wohlstand aufgeben zu müssen. Nur durch globale Kooperation lassen sich auch die Probleme weltweiter Arbeitsmigration lösen.

5. Die globalen Umweltprobleme erfordern eine neue Umweltethik, welche die Natur nicht instrumentalisiert, sondern als Schöpfung zu bewahren sucht (CA 37–38). Dies ist nicht nur ein Gebot vorausschauender ökonomischer Vernunft, sondern auch aus Solidarität mit künftigen Generationen notwendig. Ein umweltverträgliches Wirtschaften und Arbeiten ist nämlich Grundlage einer auch langfristig humanen Lebens- und Arbeitswelt für alle. Die unvermeidlichen weltweiten Strukturreformen verlangen eine gerechte Verteilung der Lasten nach Mitschuld an den gegenwärtigen Problemen und nach Leistungsfähigkeit, das heißt, vor allem die Industrieländer müssen zu einer nachhaltigen Wirtschaftsweise und zu einem universalisierbaren Lebensstil finden.

6. Die Vorteile des Marktes und der ökonomischen Eigeninitiative sind heute unbestritten (CA 34–35, 40, 42). Sie können aber nur dann zum Nutzen des Gemeinwohls wirken, wenn national wie weltweit Rahmenbedingungen gegeben sind, die arbeits- und umweltverträgliches Verhalten nicht bestrafen, sondern belohnen. Dies ist eine politische Aufgabe, für die der Staat und die Völkergemein-

schaft Verantwortung tragen (CA 15, 40, 48). Die dafür notwendigen, langfristig ausgerichteten Strukturreformen können aber nicht von den Verantwortlichen in Politik und Wirtschaft allein durchgesetzt werden, sondern verlangen die Bereitschaft der Bevölkerung, sie mitzutragen. Mit anderen Worten, alle sind als Arbeitende wie als Konsumenten in die Pflicht genommen.

Diese sozialetischen Maßstäbe lassen sich auch unter dem Leitthema des konzeptionellen Prozesses der Jahre 1988–1990 zusammenfassen. Nur durch mehr Gerechtigkeit, weltweit wie in den einzelnen Gesellschaften, läßt sich eine Wirtschaftsordnung schaffen, die allen Menschen eine humane Arbeitswelt garantiert und zugleich die Umwelt als Schöpfung achtet und bewahrt. Und nur solch eine „nachhaltige Wirtschaft“ kann die Grundlage für einen dauerhaften Weltfrieden schaffen, ohne gewaltsame Konflikte um immer knapper werdende humane Arbeit und Ressourcen.

Politische Handlungsperspektiven

Aus all den bisherigen Überlegungen ergibt sich die Notwendigkeit und Herausforderung eines tiefgreifenden Wandels, eines sozialökologischen Umbaus. Die angeführten sozialetischen Maßstäbe können dabei die Richtung weisen. Sie bieten jedoch keine konkreten Handlungsanweisungen oder gar Patentrezepte für eine sachgerechte politische Umsetzung. Dies bleibt dem Einsatz und der Kreativität aller anvertraut. Dabei wird es sicher und legitimerweise oft ein hartes Ringen um den richtigen Weg geben. Aus ein und derselben Analyse lassen sich nämlich nicht selten unterschiedliche politische Optionen ableiten, die jedoch stets an den ethischen Maßstäben zu überprüfen sind. Daher sollen im folgenden auch nur einige Aspekte genannt werden, die – wie alle bisherigen Überlegungen – hauptsächlich ein Ziel haben, nämlich einige Anstöße zum Nach- und Weiterdenken zu geben.

Vermutlich ist eine Art *Doppelstrategie* notwendig: Zum einen braucht es kurzfristige Maßnahmen, um die akute Arbeitslosigkeit möglichst schnell und weitgehend zu verringern; zum anderen aber sind auch langfristige Weichenstellungen vorzunehmen, damit die Umwelt erhalten bleibt und es auch in Zukunft sinnvolle Arbeit für alle gibt. Beide Aspekte sind so miteinander zu verbinden, daß das kurzfristig Notwendige sich nicht langfristig als kontraproduktiv und zerstörend auswirkt. Es wäre nämlich nichts gewonnen, wenn zwar die gegenwärtigen Probleme verringert, dadurch aber den kommenden Generationen unlösbare Aufgaben zurückgelassen würden. All dies muß möglichst in europaweiter, besser noch weltweiter Zusammenarbeit geschehen.

Sinnvoll, sozialetisch unbedenklich und darum unterstützenswert sind vor allem all jene *kurzfristigen Maßnahmen*, die sich ausschließlich auf den eigenen

Arbeitsmarkt erstrecken und damit nicht zu Lasten anderer Länder gehen. Hier sind an erster Stelle Maßnahmen zu nennen, die zu einem Teilen der Arbeit und natürlich auch der Einkommen aus Arbeit beitragen, zum Beispiel Arbeitszeitverkürzung ohne vollen Lohnausgleich mit Härtefallklauseln für niedrige Einkommensgruppen (etwa durch Jahresarbeitszeitverträge), verbesserte Möglichkeiten zur Teilzeitarbeit und zum Job-sharing, Abbau von Überstunden (oder Freizeitausgleich). Die Tatsache, daß etwa in den Niederlanden die Quote für Teilzeitarbeit doppelt so hoch ist wie in Deutschland, beweist einen erheblichen Handlungsspielraum in dieser Hinsicht.

Weiter ist eine bessere Nutzung brachliegender Arbeit anzustreben, zum Beispiel durch „Übergangsarbeitsmärkte“ in Zeiten wirtschaftlicher Flaute nach dem Modell des Kurzarbeitergelds, das heißt begrenzte Lohnsubventionen, die ökonomisch sinnvoller und teils auch kostengünstiger sind als reine Arbeitslosenunterstützung¹¹. Eine arbeitsfördernde Besteuerung von Gewinnen, die Förderung kleiner und mittelständischer Betriebe sowie die Fortbildung der Arbeitskräfte sind weitere wichtige Maßnahmen. Bemerkenswert ist auch, daß gerade in Japan teilweise Roboter wieder durch Menschen ersetzt werden, da diese, besonders im Hinblick auf Maßproduktion (im Unterschied zur Massenproduktion), anpassungsfähiger und daher im Endeffekt auch billiger sind¹².

Hinzukommen muß eine bessere Verbindung von Erwerbs- und Eigenarbeit. Dies verlangt zum einen strukturelle Maßnahmen, damit unbezahlte Eigenarbeit und ehrenamtliche Tätigkeit durch ein ausreichendes (familiäres) Grundeinkommen finanziell möglich werden, zum anderen aber auch einen Mentalitätswandel durch Bewußtseinsbildung mit dem Ziel, den keineswegs geringeren Wert unbezahlter Arbeit individuell wie gesellschaftlich hoffähig und attraktiv zu machen. Angesichts einer Situation, in der mit immer weniger Arbeit immer mehr Reichtum geschaffen wird, der aber nur den Besitzern von Arbeit und Kapital zugute kommt, darf freilich auch die Verteilung dieses Reichtums nicht länger tabuisiert werden, da es andernfalls schwerfallen dürfte, den Sozialstaat und ein Grundeinkommen für alle zu sichern¹³.

Was die *langfristigen Weichenstellungen* betrifft, so gibt es kaum eine Alternative zu einem ökologischen Umbau, das heißt zu einer umweltverträglichen Produktions-, Konsum- und Lebensweise in den Industriegesellschaften¹⁴. Dabei muß die aktive und präventive Vermeidung von Umweltschäden, also die Bekämpfung ihrer Ursachen (integrierter Umweltschutz), im Mittelpunkt stehen und Vorrang haben. Sie sollte die nachträgliche Beseitigung von Umweltschäden (zum Beispiel Müllverbrennung), die meist sehr teuer ist und keine realen Wohlstandsgewinne schafft, immer mehr überflüssig machen.

Entsprechende Reformen schaffen nicht nur Arbeitsplätze im Umweltbereich selbst, sondern können auch arbeitsintensive Tätigkeiten in traditionellen Sektoren wieder rentabel machen (zum Beispiel eine ökologische Landwirtschaft)¹⁵.

Vor allem aber sind innovative Umwelttechnologien zu fördern, nämlich neue Produkte, Verfahren und Organisationsformen, zum Beispiel zur Einsparung von Energie und zur Verminderung des Rohstoffverbrauchs durch höhere Produktivität beim Einsatz von Energie und Ressourcen. Dies würde langfristig erhebliche Wettbewerbsvorteile bringen, weltweit neue Märkte für umweltverträgliche Produkte erschließen und gleichzeitig zu einer gerechteren internationalen Arbeitsteilung beitragen, da all dies ökonomisch schwächeren Ländern nicht ihre komparativen Vorteile in traditionellen Sektoren wegnähme. Das Ergebnis wäre ein qualitatives Wachstum mit mehr Arbeit.

All diese Ziele lassen sich am wirksamsten durch möglichst marktkonforme Anreize erreichen, die den Erhalt und die Schaffung von menschenwürdigen Arbeitsplätzen sowie umwelt- und ressourcenschonendes Wirtschaften belohnen: Internalisierung der externen Kosten, das heißt die Einbeziehung der durch Umweltschäden entstandenen Kosten in die betriebs- und volkswirtschaftliche Rechnung nach dem Verursacherprinzip; konkrete Vorgaben für die Reduktion von Schadstoffen, die Wiederverwertung von Rohstoffen und zur Abfallvermeidung; eine aufkommensneutrale ökologische Steuerreform, welche die Steuern und Abgaben schrittweise vom Faktor Arbeit zum Faktor Naturverbrauch verlagert (zum Beispiel Energiesteuer)¹⁶. Derartige Reformen würden die Lohnnebenkosten senken und so mehr Arbeit schaffen.

Dazu bedarf es einer *Ordnungspolitik*, die den Markt entsprechend gestaltet. Dies kann heute kein Staat mehr im Alleingang leisten, sondern die internationale Staatengemeinschaft muß gemeinsam eine Weltwirtschaftsordnung schaffen, die diesen Anforderungen gerecht wird¹⁷. Solange die Regierungen, aber auch die Gewerkschaften und die Bevölkerung, weithin noch in nationalen Kategorien denken, während transnationale Unternehmen, vor allem jene auf dem Kapitalmarkt, längst „global players“ sind, wird das Kapital immer mehr den Vorrang vor der Arbeit erhalten¹⁸. Wenn aber die Globalisierung der Wirtschaft nur noch den Kapitaleignern nützt, wird sie zunehmend auf massiven Widerstand breiter Bevölkerungskreise auch in den Industrieländern stoßen. Der Internationale Währungsfonds (IWF) und die neue Welthandelsorganisation (WIO) bieten eine gewisse Grundlage für eine solche Weltwirtschaftsordnung, insofern sie zumindest einige Regeln geschaffen haben. Unter sozialer wie ökologischer Rücksicht sind diese Regeln freilich noch völlig unzureichend¹⁹.

All diese Vorschläge mögen auf den ersten Blick utopisch erscheinen und lassen sich sicher nicht kurzfristig realisieren. Wenn jedoch die Ausgangsanalyse richtig ist, wird man zumindest in diese Richtung nachdenken müssen, wenn die globalen Probleme, nicht zuletzt der Arbeitslosigkeit, solidarisch gelöst werden sollen. Die Kirchen können dazu einen wichtigen Beitrag leisten, wenn sie sich für die Menschen einsetzen, ihnen zugleich aber auch deutlich machen, daß der Wohlstand in den reichen Ländern nicht ständig weiter vermehrt werden kann, sondern

es auch eines gewissen Maßes an Selbstbeschränkung bedarf, was weithin vergessen scheint. Dies ist das Grundanliegen der von Misereor mitfinanzierten Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“²⁰, die in ihren „Leitbildern“ Anstöße dazu geben möchte, wie durch mehr technische und soziale Effizienz (zum Beispiel gemeinsames Nutzen von Gütern), aber auch Suffizienz (Genügsamkeit) eine nachhaltige Entwicklung gefördert werden kann²¹.

In die gleiche Richtung weist auch „Centesimus annus“, wenn es dort heißt: „Man sieht daraus, wie unhaltbar die Behauptung ist, die Niederlage des sogenannten realen ‚Sozialismus‘ lasse den Kapitalismus als einziges Modell wirtschaftlicher Organisation übrig“ (CA 35). Auf jeden Fall beweist der Sieg über den Sozialismus weder logisch noch faktisch die Richtigkeit und Zuträglichkeit des kapitalistischen Wirtschaftssystems, wie die Probleme der Arbeitslosigkeit zeigen. Seine Reformfähigkeit zum Wohl aller Menschen zu beweisen, wird wahrscheinlich die größte Herausforderung der Zukunft bleiben.

ANMERKUNGEN

¹ Entwicklung u. Zusammenarbeit 36 (1995) 114 f.

² Globale Trends 1996, hg. v. I. Hauchler (Frankfurt 1995) 229–255.

³ Hg. v. Kirchenamt d. EKD u. Sekr. d. DBK (Hannover, Bonn 1995).

⁴ J. B. Banawiratma, J. Müller, Kontextuelle Sozialtheol. Ein indones. Modell (Freiburg 1995), bes. 43–56.

⁵ Diesen subtilen u. oft erfolgreichen Mechanismus, das Bewußtsein der „Opfer“ zu besetzen, beschreibt P. Freire, Pädagogik d. Unterdrückten (Reinbek 1993) 31–55.

⁶ Soziale Sicherheit in Gefahr. Zur Zukunft d. Sozialpolitik, hg. v. D. Döring, R. Hauser (Frankfurt 1995).

⁷ H. Hanesch u. a., Armut in Dtl. Der Armutsbericht d. DGB u. d. Parität. Wohlfahrtsverbands (Reinbek 1994); Die Caritas-Armutsunters. Eine Bilanz, hg. v. W. Hübinger, R. Hauser (Freiburg 1995).

⁸ J. Müller, Weltweite Migrationen u. globale Entwicklungszus.arbeit, in: JCSW 35 (1994) 112–132.

⁹ E. U. v. Weizsäcker, Erdpolitik. Ökolog. Realpolitik an d. Schwelle zum Jh. d. Umwelt (Darmstadt 1992), bes. 111–126; Globale Trends (A. 2) 259–327.

¹⁰ T. Meireis, „Arbeit macht d. Leben süß...“, Das „Recht auf Arbeit“ – eine reformator. Herausforderung?, in: H. Lenk u. a., Ethik in d. Wirtschaft (Stuttgart 1996) 158–176.

¹¹ G. Schmid, Übergänge in d. Vollbeschäftigung, in: Aus Pol. u. Zeitgesch. B 12–13 (25. 3. 1994) 9–23.

¹² Far Eastern Economic Review 31. 3. 1996.

¹³ B. Guggenberger, Wenn uns d. Arbeit ausgeht. Die aktuelle Diskussion um Arbeitszeitverkürzung, Einkommen und d. Grenzen d. Sozialstaats (München 1988).

¹⁴ E. U. v. Weizsäcker u. a., Faktor vier. Doppelter Wohlstand – halbiert Naturverbrauch. Der neue Bericht an den Club of Rome (München 1995); s. diese Zs. 216 (1997) 129–131.

¹⁵ A. Bust-Bartels, Ökologie u. Arbeitslosigkeit, in: Aus Pol. u. Zeitgesch. B 12–13 (25. 3. 1994) 35–45.

¹⁶ A. Görres u. a., Der Weg zur ökolog. Steuerreform. Weniger Umweltbelastung u. mehr Beschäftigung (München 1994).

¹⁷ J. Müller, Entwicklungspolitik u. weltweite Gerechtigkeit, in: Gerechtigkeit u. soziale Ordnung, hg. v. N. Brieskorn, J. Müller (Freiburg 1996) 152–166.

¹⁸ W. Hankel, Entwicklung braucht Regeln – ein monetäres Völkerrecht. Nicht d. Globalisierung ist d. Problem, sondern ihre Unverfaßtheit, in: Entwicklung u. Zus.arbeit 37 (1996) 238–242.

¹⁹ Chr. Stückelberger, Sozialklauseln im internat. Handel. Wirtschaftseth. Kriterien, in: ZEE 40 (1996) 211–225.

²⁰ Zukunftsfähiges Dtl. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung, hg. v. BUND u. Misereor (Basel u. a. 1996; Kurzfassung Bonn 1995); s. diese Zschr. 214 (1996) 711–714.

²¹ M. Rosenberger, Vision einer zukunftsfähigen Ges. Zur Studie v. BUND u. Misereor aus moraltheol. Perspektive, in: Orien 60 (1996) 111–115.